

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Markwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Hugo Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Schmidt, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 961. — Drucknummer des zahlbaren Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Ankauf in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Buchhandlungen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Buchhandlungen 2.25 inkl. Beleggeld. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — Inventionsgebühr für photographische Belegblätter 15 Pf. Post-Bestellungsliste Nr. 312

Nr. 43.

Magdeburg, Freitag den 20. Februar 1903.

14. Jahrgang.

Braunschweigische Toleranz.

Der braunschweigische Landtag nahm am Mittwoch einstimmig den Antrag an, die Regierung zu ersuchen, sie möge im Bundesrat gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes stimmen. — So hat die sächsische Regierung in dem Klassenparlament des Herzogtums Braunschweig einen Helfershelfer gefunden, obwohl in Braunschweig die große Mehrheit des Volkes der Sozialdemokratie angehört und dem Jesuitengesetz mit gleichgültigem Achselzucken gegenübersteht und die römische Katholikenfurcht der Liberalen und des Evangelischen Bundes verurteilt. Indes die Unduldsamkeit in Braunschweig richtet sich nicht nur gegen die Katholiken und muß deshalb ganz besonders zurückgewiesen werden.

Besonders sind es die Freireligiösen, die sich der Feindschaft der braunschweigischen Gesetzgebung erfreuen und die von den frommen Bourgeois des Herzogtums noch mehr gefürchtet werden wie die Ordensbrüder von der Gesellschaft Jesu. Dissidenten, d. h. alle, welche keiner staatlich anerkannten Konfession angehören, bedürfen zur Abhaltung ihrer Andachtsstunden in dem konfessionell evangelischen Staat der Genehmigung des Kultusministers. Dieser Minister kann den Freireligiösen nicht „sonst was“, sondern hat das Recht, die Veranstaltungen dieser Gemeinden jederzeit zu verbieten, wenn deren Grundsätze mit der Ehrfurcht gegen Gott, dem Gehorsam gegen die Gesetze und den Grundsätzen der allgemeinen Sittlichkeit nicht vereinbar sind.

Da die Freireligiösen mit nichten an Gott glauben, sondern im Gegenteil das Dasein dieses Weltgeistes leugnen, so sind sie in Braunschweig verboten oder allenfalls geduldet, können aber jederzeit unterdrückt werden, wenn sie den Behörden mißfallen. — Wenn übrigens dissidentische Gemeinden infolge mangelnder „Ehrfurcht gegen Gott“ nicht geschlossen werden, so genügt zu ihrer Unterdrückung in Braunschweig schon die Tatsache, daß nach der Meinung des Kultusministers die Teilnehmerzahl zu gering ist oder nach der Ansicht eben dieses Herrn Grund zu Zweifeln besteht, ob das Fortbestehen der Gemeinde zweckentsprechend ist.

Freireligiöse dürfen in Braunschweig (und mehreren anderen deutschen Staaten) entweder überhaupt keine atheistischen Andachtsstunden abhalten oder müssen sich gegen ihren Willen in der Art der Veranstaltung Selbstbeschränkungen auferlegen, um nicht dem Verbote anheimzufallen. Natürlich geschieht das nur, weil atheistische Lehren „sehr gefährlich“ sind, weil die bestehenden Klassen fürchten, daß, wenn der „Glaube an Gott“ in der Arbeiterklasse erschüttert ist und der Glaube an die „Unsterblichkeit der Seele“ schwindet, die Demut des Proletariats aufhört, und nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die Gewerkschaftsbewegung an Anhängern gewinnt. Die Religionsfrage ist für die Bourgeoisie eine Arbeiterlohn- und Kapitalrentenfrage.

Als das Toleranzgesetz im Reichstage beraten wurde, wurde volle Freiheit für die Andachtsstunden aller Gläubigen und Ungläubigen beschlossen. Diese Bestimmung wurde damals angenommen trotz der heftigen Wut der Reichspartei, der Nationalliberalen und der Antijesuiten, welche eine heftige Furcht vor den Atheisten beherrschte.

Sollte das Toleranzgesetz übrigens jemals die Zustimmung der Reichsregierung finden, so könnte leicht in Ländern wie Braunschweig die durch das Gesetz aufgehobene Bestimmung wieder eingeführt werden, weil es nach einem Passus des Toleranzgesetzes den Einzelstaaten erlaubt bleibt, die aufgehobene Bestimmung wieder in das Vereinsgesetz zu schreiben. Ausnahme Gesetze sollen nicht mehr zulässig sein, aber allgemeine, formell gegen alle Vereine gerichtete Bestimmungen sollen nach wie vor zulässig sein. Auch nach Einführung des Toleranzgesetzes wäre dank eines von der Rechten, den Nationalliberalen, dem Zentrum und den Antijesuiten beschlossenen Paragraphen zulässig zu bestimmen, daß alle Vereine staatlicher Genehmigung bedürfen, so daß freireligiöse Gemeinden wieder unterjocht werden könnten. Diese Furcht müßte man nach wie vor haben.

Um aus einer Kirche auszuweichen, um einer andern beizutreten oder freireligiös bzw. religionslos zu werden, müssen Evangelische und Katholiken in Braunschweig vorher ihren Austritt bei dem Geistlichen derjenigen Konfession anmelden, welcher sie bis dahin angehört und sich von diesem ihren Austritt bestätigen lassen. Man unterläßt es in Braunschweig oft, seiner Ueberzeugung zu folgen, um einer lästigen Debatte mit dem Geistlichen aus dem Wege zu gehen.

Juden und solche Christen, welche nicht der evangelischen oder römisch-katholischen Kirche angehören, also z. B. Alt-lutheraner, Baptisten, Methodisten u., dürfen in Braunschweig nicht, auch wenn es ihre Ueberzeugung verlangt, religionslos werden, und freireligiös nur, wo der Kultus-

minister etwa eine freireligiöse Gemeinde konfessioniert hat. Da nämlich für den Austritt kein Gericht zuständig ist, sondern nur der Anschluß an eine andere Gemeinde jemanden den Religionswechsel ermöglicht, müssen zahlreiche Leute in Braunschweig unter einem lästigen Gewissensdruck ihrer Religion, mit der sie innerlich längst gebrochen haben, äußerlich treu bleiben. — Die Aenderung dieser Bestimmungen wurde nun freilich gleichfalls im Reichstage durch den von Herbert Bismarck, den Konservativen, der Reichspartei, den Nationalliberalen und den Antijesuiten so heftig bekämpften Entwurf beschlossen. Da aber die Zentrumspartei und die Freisinnige Volkspartei nicht ernsthaft dieses Gesetz verlangen und die Ablehnung seitens des Bundesrats nicht mit der Verweigerung des Etats beantworten, wird die mittelalterliche Unduldsamkeit des orthodoxen braunschweigischen Staatswesens gegen alle Nichtevangelischen ihren Fortgang nehmen. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 19. Februar 1903.

Stöcker-Schlacht.

Hg. Berlin, 18. Februar. Die große sozialpolitische Debatte im Reichstag endete am Mittwoch mit einer Stöcker-Schlacht. Der berühmte Hofprediger außer Diensten, Verfasser des Scheiterhaufen-Briefes, Erfinder der christlich-sozialen Bewegung usw. empfindet von Zeit zu Zeit ein unüberwindliches Hautjucken, das ihn antreibt, sich an der Sozialdemokratie zu reiben. Daß er sich bei dieser Beschäftigung schon wiederholt einen Buckel voll moralischer Schläge geholt hat, scheint auf den teuren Gottsmann nicht kurrierend zu wirken. Vor fast genau zwei Jahren — 1901 — wurde er im Reichstage öffentlich ausgebeißt — natürlich im figurlichen Sinne: keine Hand erhob sich zu seinen Gunsten, nur Dr. Trendt, der Getaufte, machte einen schwachen Versuch, dem geächteten Wahrheitsfreund Hilfe zu bringen. Die derbe Lektion wirkte für einige Zeit. Aber nicht für immer. Kaum sind die blutigen Strömen auf dem Buckel Luthers 2. ein wenig vernarrt, als er auch wieder den Drang nach neuer „öffentlicher Betätigung“ empfindet. Braum der Vär, der plumpe, aber ehrliche Burche in der Tierfabel, kann den Sonngraub nicht unterlassen; Stöcker, der dumbe — trotz aller scheinbaren Schläge — aber uneheliche Pflanze kann das Schnappen nach Wahlfreien und Führerrollen nicht aufgeben. So zog er denn wieder auf Raub aus. Es ist ihm herzlich schlecht bekommen.

Vor aller Welt ist jetzt festgestellt worden, daß Herr Stöcker, dessen Leichtfertigkeit im Ablegen von Eiden gerichtsnotorisch ist, auf Grund des Zeugnisses von Lockspigeln wie Normann-Schumann Ehrenmänner wie Nebel des Meines zu bezichtigen magt. — Ein Unterschied war aber zwischen der Stöcker-Schlacht von 1901 und der von 1903. Damals verhartete die Rechte im Schweißen; sie eilte ihrem einstmalig so gefeierten St. Wulf nicht einmal mit Beifallsbezeugungen zu Hilfe. Auch diesmal hielten sich die Junker sehr wohl, aktiv zu Gunsten des a. D.-Hofpredigers einzutreten. Sie belohnten aber die groben Beschimpfungen, die Stöcker gegen die Sozialdemokratie schleuderte, mit tosendem Beifall. Die Rechte will, sagte Genosse Ledebour mit Recht, unter der Firma Normann-Schumann in den Wahlkampf ziehen.

Und noch ein bezeichnender Vorfall ereignete sich: der Vertrauensmann der Jöllner, Junker- und Pfaffenmehrheit, Graf Valletrem, glaubte sich nicht verpflichtet, einzuschreiten, als Stöcker unsern Genossen Nebel des Meines bezichtigte. Als untre Redner diese Tatsache feststellte, da suchten die Vizepräsidenten Graf Stolberg und Büjning ihren Oberen, der inzwischen Erholungsbedürfnisse genährt hatte, damit zu entschuldigen, daß Stöcker die Beschuldigung nicht direkt aufgestellt, sondern lediglich erklärt habe, sie hätte in jehweizerischen Wäldern gestanden!

In der Stöcker-Schlacht beteiligten sich von untrer Seite Reichhaus, Wurm, Ledebour und Singer. Auch Herr Lenzmann von der Freisinnigen Volkspartei brachte schätzbare Material zur Beurteilung des zweiten Luthers herbei. U. a. soll Herr Stöcker den verstorbenen Abgeordneten Rauffmann, den nicht heftigsten Bürgermeister von Berlin und Neffen des Generalpostmeisters Stephan, für einen „jüdischen Rechtsanwalt“ gehalten haben.

In vorgerückter Stunde wurde die sozialpolitische Debatte geschlossen. Damit war aber der Titel „Behalt des Staatssekretärs“ noch nicht verabschiedet. Es kamen nunmehr alle möglichen Einzelfragen an die Reihe. Wie ein Rind nach diesen stürmischen Stöcker-Kühejahren nahm sich die stercotrope Vogelstuhlschilde des alten Freisinnigen Beck-Robura aus. Dr. Pachnicke verlangte

einheitliche Regelung des Signalwesens, Dr. Stodmann mäkelte wieder einmal an der Fleischschau herum — angeblich im Interesse der Landtagelöhner. — Am Donnerstag geht die Debatte weiter. —

Aus dem preussischen Landtag.

Hg. Berlin, 18. Februar. Im Abgeordnetenhaus wurde die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt. Der Minister bekam sein Gehalt bewilligt, auch einige weitere Titel wurden noch erledigt. Der Hauptteil der Debatte wurde durch eine Diskussion über die Notwendigkeit einer Börsegesetzreform ausgefüllt. Von den freisinnigen Abgeordneten Fund und Dejer und den nationalliberalen Abgeordneten Reichardt und von Chnern wurde die baldige Reform lebhaft befürwortet. Die Möglichkeit der Erhebung des Differenzzinwands, das Verbot des Getreideterminhandels müsse beseitigt, die Börsesteuer herabgesetzt werden. Interessant war das Eingeständnis der Nationalliberalen, daß die Partei ihre Haltung beim letzten Börsesteuergesetz bedauere und jetzt für eine Revision sei.

Herr Chnern ermahnte die Regierung zur Festigkeit und meinte, der Mangel an Mut gegenüber den Agrariern sei an der Verzögerung der Novelle schuld. Er hatte damit vollständig recht, denn der Minister erklärte zwar die Verzögerung der Novelle mit der ungunstigen Geschäftslage im Reichstag, er ließ aber mehr als deutlich erkennen, daß sich die Regierung im Hinblick auf die agrarischen Widerstände nicht recht zur Vorlegung der Novelle entschließen könne. Die Abgeordneten Camp und Brendt erklärten sich gegen eine umfassende Revision des Börsegesetzes, besonders gegen die Aufhebung des Terminhandelsverbots. Konservativ und Zentrum beteiligten sich nicht an der Debatte.

Sonst hielt noch der Jünftler Felisch seine gewohnte Rede für den Befähigungsnachweis im Baugewerbe, wozu der Minister sich erfreulicherweise nicht erklären kann. Schließlich unterhielt man sich noch über die Förderung des Fortbildungsinstitutwesens. Morgen geht die Beratung weiter. —

Und immer nochmal die Tochter des Feldwebels!

Der wegen seiner Verheiratung mit einer simplen Feldwebelstochter entlassene Steuerdirektor Löhnig nimmt in der „Germania“ und im „Berl. Tagbl.“ noch einmal das Wort, um zu beweisen, daß er nicht ein so verständiger Gegner der Polenpolitik der Regierung ist, wie seine Gegner uns glauben machen wollen. Vielmehr ist Löhnig lediglich wegen seiner Verheiratung mit dem „nichtigstandesgemäßen“ Kinde eines schlichten Mannes vom subalternen Stande entlassen worden. Es heißt in Herrn Löhnigs Mitteilungen als Beantwortung der Entstellungen, die der Finanzminister sich im Abgeordnetenhaus erlaubt hat:

„Ganz ähnlich“, behauptet daran anschließend der Minister, „habe sich der Oberpräsident bei der Unterredung mit mir ausgesprochen. Auch dieser habe mir keinen Zweifel gelassen, daß meine Stellung in Polen unhaltbar sein würde, und daß für den Oberpräsidenten auch die angebotenen lokalen und persönlichen Verhältnisse maßgebend gewesen wären.“

Auch nicht mit einem Worte hat der Oberpräsident bei der Unterredung der fraglichen lokalen und persönlichen Verhältnisse gedacht. Erwähnt hat er wohl die politische Verwandtschaft meiner Schwiegermama, ohne aber näher darauf einzugehen. Sonst hat er nur gesagt: Sie können nicht die Tochter eines ehemaligen Feldwebels heiraten, ebensowenig wie der Oberst die Tochter eines Feldwebels heiraten kann, und diese Ansicht hat auch der kommandierende General nach wiederholter Rücksprache. Ich glaube, der Oberpräsident hat von den unglückseligen lokalen und persönlichen Verhältnissen nicht einmal gewußt. Was haben auch diese unglückseligen Verhältnisse mit der Tochter eines Feldwebels zu tun! Im übrigen habe ich den Minister öffentlich und jetzt auch noch persönlich um Befähigung der von ihm angebotenen Verhältnisse erfragt.

Kann ein Vernünftiger es für denkbar halten, daß, wenn der Gehalt mir sagt, Miquel habe ihm den Beitrag zum Palastverein empfohlen, ich ihm sagen könnte: Ja, verdammte, der Verein? Kann man mich einer solchen Dummheit für jähig halten? Das Wort ist niemals auch nur aus einem andern gegenüber über meine Lippen gekommen.

Sodann kommt die Behauptung des Regierungsrats R. R. Ich erinnere mich des Falles noch einigermaßen. Der Regierungsrat wollte einen polnischen Aufseher, der keine gute Dienstführung aufwies, und mit seinem Ober-Konzelektur arg zoffen war, nach einer andern Probezeit verjagen lassen. Ich habe beim Vortrag der Sache, als er auf die generelle Verfügung des Ministers vom 20. April 1888 hinwies, auseinandergelegt, daß wir nach den Erfahrungen, welche wir mit unsern generellen Verfügungen wegen Verjagung solcher Beamten gemacht hatten, solche vereinzelte Beamte bei uns selbst verjagen müßten. Einem andern Provinzial-Steuerdirektor könne man die Uebernahme eines solchen Beamten nicht zumuten. Die Worte: „Ach was, solche Dummheiten — wie der Minister hervorhebt — der Staatsregierung“ mache ich nicht mit, sind von mir

nicht gebräut worden. Im übrigen kann der Minister diese nachträgliche Sendung eines meiner Beamten für seine frühere Entscheidung nicht verwerten.
 Gätte ich mich nicht wieder verheiratet, so wäre ich heute noch Provinzial-Steuerdirektor.
 Nach allem und nach der ganzen Art, wie gegen mich in dieser Sache verhandelt und verfahren ist — und ich halte alle meine Ausführungen in meinem Exposé bis ins einzelste aufrecht — bleibe ich dabei, daß für die Erziehung meiner Pensionierung meine Verlobung das entscheidende Moment gewesen ist und daß die mir vorgeworfenen Äußerungen zur Außenpolitik nur einen Druck auf meine Entscheidung ausüben sollten.

Es bleibt also dabei. — In Preußen urteilt die Regierung über das eigentliche Volk so abfällig, daß ein höherer Beamter sich unmöglich macht, wenn er durch eine Ehe-scheidung mit der Tochter eines Feldwebels wenig „standesgemäß“ handelt. Eine unüberbrückbare Kluft trennt die Besitzenden von den Besitzlosen, selbst wenn diese ihren Klagen-genossen als staats-treue Stellvertreter Gottes dargestellt werden.

Deutschland.

Berlin, 19. Februar. Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages setzte gestern abermals die Prüfung der Wahl des Abg. Will (Stolz-Lauenburg) fort. Es wurden weitere 6 konservative Stimmen eines Wahl-kreises kassiert; in drei anderen Bezirken wurde der ganze Wahlakt für ungültig erklärt und es wurden 124 kon-servative und 48 liberale Stimmen kassiert.

— In der Petitionskommission des Reichs-tages kamen gestern Petitionen von Beamten der Reichs-eisenbahnverwaltung um Aufbesserung der Aufstellungsbedingungen zur Sprache. In einer früheren Sitzung hatte die Kommission diese Petitionen an die Budgetkommission überwiesen; diese hat sie aber an die Petitionskommission zurückverwiesen. Letztere beschloß nunmehr, das Plenum zu befragen, wer in einem solchen Falle die Pflicht zur Erledigung der Petitionen habe.

— Die Geschäftsverhörung der Oberrentamt wurde am Mittwoch in der Budgetkommission des Reichstages mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Außer unsern Genossen und der freisinnigen Sozialpartei stimmte auch das Zentrum gegen die Zustimmung, welche sich der Kriegskammer des Ministeriums gegenüber erlaubt hatte. Die Herren bekamen bisher „nur“ 3550 Mark Jahresgehalt und sollen nunmehr 7600 Mark erhalten. Hoffentlich fällt das Zentrum im Plenum nicht aus.

— Vom Zeugniszwang. Die Kommission zur Beratung einer Reform des Strafprozesses hat nach offiziellen Meldungen vorläufig in vier Sitzungen die Abänderung und Ergänzung der Bestimmungen über den Zeugniszwang, über die Ablehnung von Gerichtsmitgliedern und über das Recht der Zeugnis-Verweigerung betrachtet. Von den zahlreich gehaltenen Abänderungsvorschlägen führten zu einer besonders lebhaften Behandlung die Wünsche, den Gerichtsstand der Ergriffenen als regelmäßigen einzuführen und das Recht der Zeugnis-Verweigerung auf Tatsachen, welche dem Fragen oder einem näher angegebenen bestimmten zur Ursache gerächen, sowie auf die Mitglieder einer deutschen geistlichen Versammlung in Ansehung des ihnen in dieser Eigenschaft erteilten Zeugniszwanges. Die nächste Sitzung findet nach der „Zeit. Ztg.“ am 17. März statt. — Danach scheint man sich mit der wichtigeren Frage, nämlich der des Zeugniszwanges der Presse, noch gar nicht beschäfftigen zu haben. Es ist im Hinblick, daß das Gericht nebst dem Verleger und Drucker durch Strafen zwingen kann, in gewissen Fällen Genossen von Zeitungen und Verleger von Anstalten zu vertreten.

— Von den Handelsverträgen. In Bundesratskreisen herrscht eine „Nationalistische“ Meinung vor, es werde eine Kündigung der laufenden Handelsverträge nicht ein-reichen. Derselben würden vielmehr fortlaufen bis zu dem Zeitpunkt, bis in dem neu zu vereinbarenden Handelsverträgen als der Beginn des Aufhebungsrechts der letzteren angegeben werde. — Es man die alten Handelsverträge einigelmäßig und dann die Neu-erwerbungen im Innern über Ausland verkaufen, aber ob diese Kündigungen die verfallenen Handelsverträge im Recht setzen, kann dem ausgemachten sollte gleichgültig sein.

— Der fanatische Bischof und die National-liberalen. Die Nationalliberalen haben im Abgeordnetens-haus folgende Interpellation eingebracht:

Herr die Reichliche Exzellenz Herr Kommissar haben ge-nommen, daß die katholische Geistlichkeit in Teut in Ansehung an einem Entschluß das homöopathische Mittel von der Kirche eine Erklärung verlangt hat, welche dasjenige Glied, dessen Kinder die fanatische höhere Lehranstalt in Teut besuchen, mit kirch-lichen Zensuren bestrafen?

In welcher Weise beschließt die Kirche das weitere Vorgehen aus dem Gehirne des Schulweßens diesen gefährlichen Übergriffen gegenüber zu wehren?

Das kirchliche Ziel des Bischofs und der oben ange-führten Bekämpfung ist die Abschaffung der Schulen in Teut bestehende Lehranstalten zu unterrichten, die keine Leitung von Urprüferninnen führt, das hiesige kirchliche Mittel, der Kontakt der kirchlichen Anstalten unter An-drohung der Exkommunikationsverweigerung, ist kein gutes Mittel, denn der Staat kann dem Gemeindeführer nicht zwingen, die Ab-solution zu erteilen. Die Nationalliberalen wollen gegen diese kirchlichen Maßnahmen Polizeigesetze wider die „Mön-che“, während wir die Verstaatlichung der Schulen, die Volkserziehungsschule für alle Kinder und die Abschaffung des Religionsunterrichts innerhalb die-ser kirchlichen Schulen verlangen.

— Das Bezugs-Preis. Deutschland hat Zulassung annehmen, um sich für die Zoll-und-Steuer-Belastung und ähnliche Schwierigkeiten gegenüber zu bekommen. Präsident Causo will jetzt bezahlen, aber, so wendet ein Delegierter, alle Kaufleute wollen um 20 Prozent erhöht werden. — Die Ausschüsse auf der Seite sind um 2 Wochen (à 51 Tg.) für den End-Preis um 16 Wochen pro Doppelgenuss erhöht. — Die Kosten, welche Causo jetzt zu zahlen bereit ist, werden um auf die ungenügende Weise abgemindert. Das Aus-schreiben nachher um aus zu beschleunigen bereit ist. Dem Vize-Präsident folgt die Bezugs-Preise. Hoffentlich wird werden die kirchlichen Beamten um diese durch den Staatsminister zu erklären. Halberstadt kann ja die Grenze halten.

— Weiterer „Arbeitsmangel“ bei Krupp. Wie in der vierten, so sind nach unserm Dorn in der Parteiblatt auch in der sechsten mechanischen Werkstatt bei Krupp im Schluss der vorigen Woche 6 Personen mit langjähriger Arbeitsfähigkeit ent-lassen worden wegen Mangel an Arbeit. — Die reiche Frau Krupp verspricht bekanntlich, daß die Firma in dem „humanen“ Sinne geleitet werden solle, wie es „den Traditionen der Familie Krupp“ entspricht. — Die letzten Entlassungen entsprechen vollauf den Traditionen dieser eigenartigen Familie.

— § 175 und die Erpresser. Daß unser Kampf gegen den § 175 berechtigt ist, geht daraus hervor, daß er Erpressern Gelegen-heit zu ihren Verbrechen gibt, wie man häufig im Gerichts-saal erfahren kann. Erst am Mittwoch wurde nach dem „Berl. Tageblatt“ wieder in Berlin ein Klempler namens Adolf Levy zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten verurteilt, weil er einem Großkaufmann mit einer Denunziation wegen Vergehens gegen § 175 gedroht hatte, falls dieser ihm nicht 25 000 Mark zahle.

H.-B.-C. Der deutsche Export. Von agrarischer Seite wird mit Vorliebe auf die angeblich geringe Bedeutung des deutschen Ex-ports hingewiesen. Unlängst ist sogar die Behauptung aufgestellt worden, der Export nähme mit der Zeit relativ, d. h. im Verhältnis zur Bevölkerung ab. Demgegenüber berechnet Dr. Vogtius in der letzten erschienenen Februar-Nummer der „Deutschen Wirtschaftspolitik“, daß von dem Werte der gesamten deutschen Ausfuhr auf den Kopf der Bevölkerung entfielen

Jahr	1888	1889	1890	1891	1892	1893	1894
70 Mark	67	69	67	63	64	64	59.5
1895	65	71	71	74	79	85	

Der relative Rückgang, welchen die letzte Periode der „legends-reichen“ Hochkonnopolitik aufweist, ist also infolge nach Rückschlusses des württembergischen Handelsvertrages, der in das Gegenteil umgeschlagen, und hat einem Anstieg von mehr als 30 Prozent binnen 7 Jahren Platz gemacht!

Frankreich.

Die „Affaire“.

at. Der Feldzugplan, der bei der neuen Affäre Drehfuß zur Ausführung kommen soll, wird seitens Jaurès und Genossen sehr geheimnissvoll behandelt. Davanne, der Redakteur des „Pays“, trat extra nach Paris gerufen, um etwas über die Drehfuß-Affäre zu erfahren. Er teilt seinem Vater das Re-sultat der Note mit, und das ist gleich Null. In der Redaktion der „Revue Socialiste“ fand er außer Germain Richard noch 7 oder 8 Redakteure und sozialistische Deputierte vor, die ihm aber alle versicherten, daß sie selbst nichts wüßten, daß überhaupt nur 4 oder 5 Personen existierten, die in die Sache eingeweiht seien. Jaurès lasse abwarten, nicht verkaufen, welcher Art die Enthüllun-gen, die er und seine Genossen zur Affäre machen würden, seien; alles, was die Blätter darüber schreiben, sei Kombination.

Belgien.

Die Wurmfrauenheit.

grazifiziert auch unter den belgischen Vergleichen in hohem Maße. Sie wurde dort zuerst im Jahre 1834 an einem Bergmann in Utrecht entdeckt. Der im rheinischen Kohlenbergbau beschäftigt war. Auf Verlangen des belgischen medizinischen Kommissions von Utrecht wurde eine öffentliche Untersuchung eingeleitet, welche sich auf Jahre hinaus erstreckte. Durch des Wirtens der Unter-sucher und auch eines Reises der Arbeiter gelang es der Kom-mission, bis zum letzten Jahre circa 10 000 von den 24 000 im rheinischen Kohlenbergbau arbeitenden Vergleichen zu untersuchen. Es hat sich herausgestellt, daß 55 Prozent der Untersuchten mit der Wurmfrauenheit befallen waren; in einzelnen Orten waren es 60 und mehr Prozent. Die Untersuchungen in den anderen Kohlen-gebieten waren bei dem mangelhaften Eingangsformen der Ver-schickten, der schon der Untersuchter, weniger günstig. — at.

Italien.

Die Sozialdemokratie gegen den Militarismus.

Nach Meldungen aus Rom kam es in der gestrigen Kammer-sitzung zu heftigen Szenen. Bei der Abstimmung der Beratung über die von der Kirchen-Stimmen geforderte Entscheidung der Militär-Verhältnisse in der Ministerienliste ist besonders hervorgehoben die Sozialdemokratie einer kühnen Entschloßtheit auf die Nation, das soziale Vorgehen der Sozialdemokratie von Italien auf die ganze Welt auszuweiten. Die Erklärung der Sozialdemokratie ist, daß sie nicht nur in Italien, sondern in der ganzen Welt für die Abschaffung des Militarismus und die Einführung der Sozialdemokratie kämpfen wird. — Die Sozialdemokratie ist, daß sie nicht nur in Italien, sondern in der ganzen Welt für die Abschaffung des Militarismus und die Einführung der Sozialdemokratie kämpfen wird. — Die Sozialdemokratie ist, daß sie nicht nur in Italien, sondern in der ganzen Welt für die Abschaffung des Militarismus und die Einführung der Sozialdemokratie kämpfen wird.

Keine positive Nachrichten. Die Berliner Zeitungs-darstellung enthält die Kunde, daß die Berliner Arbeiter, die sich durch die Bekämpfung der Sozialdemokratie in der Reichsversammlung gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen haben, nicht mehr in der Reichsversammlung zu sitzen. — Die Berliner Arbeiter, die sich durch die Bekämpfung der Sozialdemokratie in der Reichsversammlung gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen haben, nicht mehr in der Reichsversammlung zu sitzen. — Die Berliner Arbeiter, die sich durch die Bekämpfung der Sozialdemokratie in der Reichsversammlung gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen haben, nicht mehr in der Reichsversammlung zu sitzen.

Aus der Parteibewegung.

Vom Dichtersprachweiden. Die sozialdemokrat-ischen Dichtersprachweiden sind im letzten Jahre 572 neue Mitglieder.

Die Landesversammlung der schottischen Ge-nossen. welche bekanntlich in diesem Jahre in Mitt-weida stattfand, wird wegen der Reichstagswahlen schon am 15. März begonnen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 18. Februar 1903.

— Zum Formerstreit in Schönebeck. Die Ver-antwortung der Partei, Herrmann u., welche am Sonntagabend in der „Mittelstadt“ zu Schönebeck waren, welche eine Zusammenkunft am den 16. Februar hatten, welche auch einmal den Versuch einer Verständigung mit der Ver-antwortung der Verantwortlichen Redaktionen-Gesellschaft machen sollte. Die Verantwortlichen der Verantwortlichen-Verantwortlichen sind zu Schönebeck am 16. Februar, mit dem Bemerkten.

daß die Kommission sich Dienstag 1/11 Uhr einfinden werde. Bei dieser circa dreiviertelstündigen Verhandlung hatte es den Anschein, daß eine Verständigung geschaffen werde. Der Betriebsleiter wollte sich jedoch erst mit seinem Formmeister Beck besprechen und sollte deshalb die Kommission am anderen Tages wiederkommen. Jeder wird sich aber das Ersuchen der Kommission denken können, als am anderen Tages nach stundenlangem Warten der Betriebsleiter Hirzel kommt und sich ganz verwundert stellt, „was sie denn wieder wollten“. Er habe ihnen doch gesagt, sie sollten sich einzeln beim Meister melden. Alle würden nicht wieder eingestellt, nur solche, die ihnen paßten.

Als die Kommission dann fragte, wie es mit der Be-zahlung der Arbeit ferner sein werde, antwortete H., das würde er bestimmen, „er“ sei Herr im Hause und ließe „er“ sich auch von dem Verband keine Vorschriften machen. Die Verhandlungen haben also keine Verständigung geschaffen. Der Streit dauert fort. Da der Betriebsleiter aber in geradezu verletzender Weise die Kommission und deren Organisation glaubt behandeln zu können, ist es für letztere eine Pflicht, nunmehr zu den Angeboten der Heizungsmonitore Stellung zu nehmen, welche es ablehnen wollen, Materialien der „R. A.-G.“ zu verarbeiten. Sollte also das Verhalten der Betriebsleitung diese Wirkung haben, dann mag sie sich bei ihren Ratgebern Beck und Schmidt dafür bedanken.

— Zu dem Doppelfelbstmord des Buchhalters Fr:edrich Arndt und seiner Geliebten berichtet das „Berl. Tagebl.“ noch folgende Ergänzung: Friedrich Arndt war in Magdeburg als Buchhalter der Deutschen Arbeitervereinigungen für Heresbedarf (Jah. Heinrich) angestellt. Vor mehr als Jahresfrist machte Arndt die Bekanntschaft eines jungen Mädchens namens Elise Sander (nicht Sanders), Tochter eines in Magdeburg-Büdau wohnenden Bademeisters. Arndt war verheiratet, hatte aber keine Kinder. Sein „leichtsinniger Lebenswandel“ blieb der Firma nicht unbekannt; deshalb wurde ihm seine Stellung am 7. Februar gekündigt. Unmittelbar darauf begab sich Arndt mit seiner Geliebten nach Kopenhagen, während die Firmeneigener eine Revision des Postkontingentbuches vornahm. Die sofort ange-stellten Nachforschungen ergaben, daß Arndt durch raffinierte Fäl-schungen innerhalb Jahresfrist etwa zwanzigttausend Mark unter-schlagen hatte. Als nun die Polizei in Kopenhagen zur Verhaftung des flüchtigen Pärchens schreiten wollte, war es gerade nach Hamburg abgereist. Magdeburger Kriminalbeamte, die nach Hamburg gekommen waren, entdeckten, daß die Besichtigten nach Berlin abgereist waren. Durch Ansuchenpostkarten, welche das Pärchen an Bekannte in Magdeburg sandte (1), wurde die Berliner Adresse ermittelt, trotzdem beide unter falschem Namen im Hotel sich verborgen hielten. Arndt hinter-ließ seine Frau im größten Elend.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 18. Februar 1903.

Ein Pollacklächter. Der Fleischermeister Bruno Sander hier, geboren 1863, hatte am 26. August 1902 mit der Handlerin Dietrich über die Lieferung von Hammelfleisch be-handelt und legte ihr am folgenden Morgen auf dem Fleischer-markt 2 1/2 Kilogramm davon auf den Wagen, das in ihrer Abwesenheit der Sohn in Empfang nahm. Er bemerkte sofort, daß sich das Fleisch in hochgradiger Fäulnis befand und forderte Sander auf, es wieder mitzunehmen. Dieser bestritt sich ablehnend und fuhr davon. Als hinterher die Handlerin von ihm verlangte, er solle das Fleisch zurücknehmen, erklärte er, es gehöre ihm nicht. Sie schickte darauf das Fleisch auf dem Schladighofen Transport-wagen nach dem Schlachthof, damit Sander es dort wieder ent-nehme. Es wurde dort aber von dem Aufseher bemerkt und be-schlagnahmt. Sander wurde wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz angeklagt, behauptete aber auch heute, er wisse nicht, woher das Hammelfleisch stamme, es habe am 26. August, als er Fleisch vom Schlachthof holte, auf seinem Wagen gelegen, und er habe geglaubt, ein Kunde, der sich später melden werde, habe es darauf gelegt. Damals und am folgenden Morgen fühlte er das Fleisch noch gut gemein. Hammelfleisch könne bei der Jahreszeit im August schon innerhalb drei Stunden verderben. Der Kreisrichter Dr. Gundlach hat das Fleisch am 27. August, nachmittags 4 Uhr unversucht und befragt, es sei nicht ge-gewaschen und hochgradig faul gewesen, es fand wie Nas. Diese hochgradige Fäulnis habe mindestens 24 Stunden vorher be-gonnen und von Sander nicht unbedenklich bleiben können. Der Genus-jochtes Fleisch sei geeignet gewesen, die menschliche Gesundheit zu schädigen. Der Oberbürgermeister Sander und der Gerichts-rat Dr. Reinlein schloßen sich im wesentlichen diesen Gutachten an. Der Staatsanwalt Schütte beantragte mit Rücksicht auf die Groß-schadlichkeit der kranken Handlung 6 Monate Gefängnis. Die Kam-mer erkannte auf 2 Monate Gefängnis und zog dabei die bisherige Unbedenklichkeit des Angeklagten in Betracht.

Freigesprochen. Der vielmals bestrafte Richter Friedrich Weichaupt, geboren 1838, und der ebenfalls schon öfter bestrafte Richter Robert Birkel, geboren 1831, hier, wurden von der Kammer, am 20. Dezember 1902 in der Strafsache beim Schlichter-Pilger einen Einbruchdiebstahl verurteilt zu haben, freigesprochen.

Freigesprochen. Die geburme berechnete Maschinist Schöne, Caroline geb. Knapp hier, wird von der Kammer der schuldigen Körperverletzung freigesprochen.

Wegen Zuhälterei wird der schon öfter bestrafte St-better Adolf Richter hier, geboren 1833, zu 4 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Wegen Verleumdung wird der Hausknecht und St-better Joseph Kiontel zu Galbe a. S., geboren 1863, mit 30 Mark Geldstrafe belegt.

Erpressung. Der Fleischermeister Herrmann der hiesigen Kasse geb. Görges, zu Neustadt-Neubau, wurde wegen Verleumdung der hiesigen Kasse aus einem Gehalt 300 Mark beurlaubt, der mangels Zahlung am 3. November 1902 protestiert wurde. Herrmann zu erlangen. Herrmann ist ein Brief, worin er mit einer Anzeige beim Staatsanwalt drohte. Die Kammer er-kannte wegen verurtheter Erpressung auf 2 Monate Gefängnis.

Eine Schie in Uniform. Wir haben schon kurz von der Verurteilung eines Unteroffiziers des Infanterie-Regiments Nr. 123 berichtet, der wegen Soldatenverhöhnung in 150 nach-gemessenen Fällen vor dem Kriegsgericht in Dantzig ge-urteilt war. Aus der Verhandlung seien noch einige Einzelheiten mitgeteilt, da sie erschütternde Illustrationen zu dem Artikel „Kriegsverurteilung“ bieten und genügt sind, wie auch die Flens-burger „Post“ berichtet, den patriotischen Heresführern den Hund zu fassen und das schöne Wort von der „Erziehung zur Ehre“ beim Militär auf seinen eigenen Wert zurückzuführen. „So“, „Schwein“ und ähnliche Verbaljurien bilden bei dem Unteroffizier fast die Redeformel und überlegen waren etwas zu Gemätsches, daß sie überhaupt nicht mehr auffielen. Der Unteroffizier hat er mehrmals mit dem Geiten-getrete geschlagen, mit der Faust Schläge untere Seite besetzt und auf der Straße hat er ihn einmal ohne jede Umkleidung Grund mit dem gezielten Fuß gegen die

Deutscher Reichstag.

(261. Sitzung.)

Berlin, 18. Februar 1903.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky.

Eine Anzahl von Petitionen werden als nicht geeignet zur Erörterung im Plenum erachtet.

Zweite Beratung des Stats des Innern

wird sodann fortgesetzt beim Titel „Staatssekretär“. Abg. Schwarz (Lippstadt) (Zentr.) spricht sich für den Befähigungsnachweis im Baugewerbe aus.

Abg. Stöcker (wiltbros.): In Lokale mit weiblicher Bedienung sind nur ein einziges Mal Kinder geschickt worden, und das geschah aus Furcht.

Herr Albrecht sprach von Wissen und Glauben. Sie (zu den Sozialdemokraten) meinen, man könne alles wissen. Denken Sie doch an Sokrates, der stolz darauf war, daß er nichts wüßte!

Herr Albrecht jagte: „Joviel ich weiß, nimmt es Herr Stöcker mit der Wahrheit nicht sehr genau.“ (Beifällige Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Reißhaus (Soz.): Die Beschimpfungen des Herrn Stöcker beschimpfen unsern Gemüthlichen Bebel nicht einmal die Füßchen!

besont immer das warme Herz, das er für die Konfessionsarbeiter hat. Er will die Öffentlichkeit zuerst auf diese Frage aufmerksam gemacht haben.

Abg. Stöcker (wiltbros.): Im Falle Witte bin ich in der nichtunbilligsten Weise verleumdet worden; nach dem Prozeß ist nicht eine Spur von Unrecht an mir hängen geblieben.

Abg. Wurm (Soz.): Herr Stöcker hat den traurigen Mut gehabt, von einem Meineid Bebel zu sprechen obwohl er weiß, daß die Beschuldigung, Bebel habe einen Meineid geleistet,

Nun zu Dr. Crüger. Alles, was Herr Eugen Richter im Abc-Buch über den Grund des Ausschusses der unabhängigen 98 Genossenschaften schreibt bestätigt und verschärft nur den Satz, den Hoch aus dem

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.) trägt an, ob die bereits abgeschlossenen Gewerbeträge, welche Vereinbarungen enthalten, die den Bestimmungen der am 1. April in Kraft tretenden Seemannsordnung

Zhr, sieht hoch, das mag sein, doch bleibt er ein Untertan wie wir alle, und ich will meine Klage nicht vor ihn bringen, da ich mehr tun kann.

„Besser, sie lüßt caelebs oder sine prole,“ sagte Mumbblagen, mit mehr Vehementheit, als er gewöhnlich zu äußern pflegte.

„Wenn es Eure Hauptabsicht ist, wie ich glaube,“ sagte der Geistliche, „den Ruf des unglücklichen Mädchens so viel wie möglich wieder herzustellen, so muß ich Euch wiederholen, daß Zhr zuerst Euch an den Grafen von Leicester wenden müßt.“

„Zhr habt recht,“ sagte Treßilian, „und ich danke Euch, daß Zhr mich auf etwas aufmerksam macht, was ich in der Eile übersehen habe.“

„Zhr müßt Euch bereit halten, sobald man es verlangt, die freimüthige Gattungschaft, die unser gütiger Gönner jenem schändlichen Verräter bewies, zu bezeugen, und die List, die dieser anwandte, um seine unglückliche Tochter zu verführen.“

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich kann keine autoritative Entscheidung abgeben und der Auslegung der Gerichte nicht vorgreifen.

Abg. Ledebour (Soz.): Herr Stöcker hat sich nicht geschent, einen Mann, wie meinen Freund Bebel, über dessen Charakter bei allen Parteien — abgesehen von Herrn Stöcker — die beste Meinung herrscht, des Meineids zu zeihen.

Abg. Ledebour (fortfahrend): Es ist bezeichnend, daß Herr Stöcker von dem „Schweizer“ Schumann spricht, da er doch ganz genau weiß, daß es sich um den aus dem Tausch-Prozeß wohlbekannten Politzi-

Abg. Ledebour (Soz.): Herr Stöcker hat den traurigen Mut gehabt, von einem Meineid Bebel zu sprechen obwohl er weiß, daß die Beschuldigung, Bebel habe einen Meineid geleistet,

Abg. Fenzmann (Freis. W.): Das Herr Stöcker Wahheits-, Rächstien- und Christlichen Feindesdase haben wir im Prozeß Witte kennen gelernt.

Abg. Stöcker (wiltbros.): Sie (zu den Sozialdemokraten) glauben, auf mich und andre Abgeordnete Beschimpfungen häufen zu können, während Sie verlangen, daß Herr Bebel für uns eine gefällige Person sein soll.

Abg. Singer (Soz.): Für unsere Partei ist es absolut gleichgültig, was Herr Stöcker sagt. (Beifällige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Büsing: Derjenige Herr Präsident, der damals fungierte, hat diese Versicherung Stöckers nicht so aufgefaßt, sonst wäre er zweifellos gegen Herrn Stöcker eingeschritten.

Abg. Singer: Gewiß war das die Anschauung des betreffenden Herrn Präsidenten, aber dadurch wird an den Worten des Abg. Stöcker nichts geändert.

Vizepräsident Büsing verliest hierauf die Stelle aus dem unkorrigierten Stenogramm, dessen Schlüßsätze lauten: „Kümmern Sie (zu den Sozialdemokraten) sich darum, sehen Sie zu, daß Herrn Bebel's Meineid festgestellt wird und lassen Sie mich in Ruhe!“

Abg. Singer: Wir werfen auch dem andern Herrn Präsidenten nicht vor, daß er Bebel nicht geschügt hätte. Aber wenn Worte noch einen Sinn haben, geht aus den verlesenen Schlüßworten deutlich hervor, daß Stöcker darin Bebel des Meineids bezichtigt.

Vizepräz. Büsing: Ich habe vorhin versehentlich das Stenogramm der zweiten Rede des Herrn Stöcker verlesen. (Auf Lärm: Ah!) In der ersten Rede heißt es: „Ich finde, Ihnen liegt etwas näher. Es ist schon in der vorigen Sitzung darauf hingewiesen worden, daß von einem Schweizer namens Normann, aber auch von

Fenilleton.

Wachdruck verboten.

Kenilworth.

Roman von Walter Scott.

Aus dem Englischen übertragen von C. von Podensaußen, durchgesehen und bearbeitet von F. Federjant-Webber.

(55. Fortsetzung.)

„Dort,“ fuhr Treßilian fort, „wohnt das unglückliche Mädchen mit dem schändlichen Varney. Ein sonderbares Mißgeschick hinderte mich, sonst hätte ich ihre und ihre Schwachsinn an seiner unwürdigen Person gerächt.“

„Unbesonnenen junger Mann,“ antwortete der Pfarrer, „danke Gott, der Deine Hand vom Blute rein hielt. Die Rache gehört mir, spricht der Herr, ich will vergelten. Laßt uns lieber daran denken, wie man sie aus den Klagen dieses Bösewichts befreit.“

„Welche nennt man in der Heraldik laqueae amoris, oder laes d'arnour,“ sagte Mumbblagen.

„Dafür eben spreche ich Eure Hilfe an, meine Freunde,“ erwiderte Treßilian, „ich bin entschlossen, diesen Bösewicht zu den Füßen des Thrones der Gerechtigkeit, Verführung und des Verraths an der Gattungschaft anzuklagen. Die Königin soll mich hören, wenn auch der Graf von Leicester, der Gönner dieses Schändlichen, ihm beisteht.“

„Ihre Majestät,“ sagte der Pfarrer, „hat ihren Untertanen ein schönes Beispiel von Enthaltensamer gegeben und wird ohne Zweifel Gerechtigkeit an diesem schändlichen Räuber üben. Tut Zhr aber nicht besser, Euch vorher an den Grafen von Leicester zu wenden, damit er seinen Untergebenen bestraft. Wenn er das zusagt, so spart Zhr Euch die Gefahr, einen mächtigen Feind zu erwerben, was geschieht, wenn Zhr seinen Stallmeister und Günstling gleich bei der Königin verflagt.“

„Mein Gemüth empört sich gegen diesen Vorschlag,“ sagte Treßilian. „Ich kann mich nicht überwinden, die Sache meines edlen Gönners, die der unglücklichen Frau vor jemand anders, als meiner Landesfürstin zu führen. Leicester, sagt

sie sich wenig aus seiner Gesellschaft, doch späterhin waren sie oft beisammen.“

„Seiant im Sprachzimmer und passant im Garten,“ sagte Herr Mumbblagen.

„Ich kam zufällig einmal dazu,“ nahm der Pfarrer das Wort, „in dem südlichen Wald an einem Frühlingssabende. Varney war in einem braunen Mantel geküßt, so daß ich sein Gesicht nicht sehen konnte. Sie trennten sich schnell, als sie mich durch die Wälder rauschen hörten, und ich bemerkte, daß sie sich unwandte und ihm lange nachblickte.“

„Mit dem Hals regardant,“ sagte der Heraldiker, „am Tage ihrer Flucht, es war am heiligen Augustin, so sah ich Varneys Diener, in seiner Livree, sein Pferd und den Felter der Mistreß Amy gezäumt pronen, hinter der Mauern des Kirchhofs halten.“

„Und nun ist sie in ihrem heimlichen Versteck zu entdecken,“ sagte Treßilian. „Der Bösewicht ist auf frischer Tat er- kapt, möchte er doch sein Verbrechen leugnen, da ich den Verweis ihm ins falsche Herz stoßen könnte. Das ist muß mich zur Reife rüsten. Zhr, meine Herren, geht untern Ritter zu bewegen, daß er mir alle nötige Vollmacht gibt, um in seinem Namen zu handeln.“

Mit diesen Worten verließ Treßilian das Zimmer. „Er ist zu hitzig,“ sagte der Pfarrer, „und ich bitte Gott, daß er ihm Geduld verleihe, um Varney richtig zu behandeln.“

„Geduld und Varney!“ sagte Mumbblagen, „das ist schlechtere Heraldik, wie Metall auf Metall. Er ist falscher wie eine Sirene, gieriger als der Vogel Greif, giftiger als eine Wiper und grausamer als ein Löwe.“

„Ich bezweifle,“ sagte der Pfarrer, „daß Sir Hugh Robbort in seinem jetzigen Zustand irgend jemand mit seinem väterlichen Recht über Mistreß Amy bevollmächtigen kann.“

„Gew. Ehrwürden brauchen daran nicht zu zweifeln,“ sagte William Badger, der hereintrat, als der Pfarrer sprach, „ich will mein Leben zum Wande setzen, daß er beim Erwachen ein ganz anderer Mensch sein wird.“

(Fortsetzung folgt.)

Ihr vielen andern und von angesehenen Schweizer Vätern Herr...
Herr Singer: Aufgabe ist, das Herr Stöder...
Vizepräsident: Dieser Auffassung kann ich als Präsident...
Herr Singer: Herr Stöder mußte die aus dem...
Herr Singer: (wiltstent): Wenn Herr Singer von mir...
Herr Singer: (Frei. Sp.): Ich war Verteiliger...
Herr Singer: (Frei. Sp.): Ich habe zwar erklärt...
Herr Singer: (Frei. Sp.): Ich habe zwar erklärt...
Herr Singer: (Frei. Sp.): Ich habe zwar erklärt...

Beiderbevölkerung der Fall sei. Der Ursprung der Arbeiterbewegung...
Herr Singer: (Frei. Sp.): Ich habe zwar erklärt...
Herr Singer: (Frei. Sp.): Ich habe zwar erklärt...
Herr Singer: (Frei. Sp.): Ich habe zwar erklärt...

ständig entgegenbringen werden. Reicher Beifall...
Aus dem Schlacht- und Viehhof (einschließlich...
Die Bewegung der Bevölkerung Magdeburgs...
Schwurgericht Magdeburg. Die dritte Schwurgerichts...
Im Stadttheater wird am Sonnabend...
Provinz und Umgebung.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 19. Februar 1903.

Achtung, Holzarbeiter! Auf die am Sonntag...
Fischer. In der Möbelfabrik von Rob. Wille...
In der Franzosenversammlung. Die Mittwochabend...

Die Kaspier im 19. Jahrhundert.

Ueber dieses Thema sprach am Mittwochabend in der...
Herr Singer: (Frei. Sp.): Ich habe zwar erklärt...
Herr Singer: (Frei. Sp.): Ich habe zwar erklärt...
Herr Singer: (Frei. Sp.): Ich habe zwar erklärt...

Wahlkreis Wanzleben, 19. Februar.

Den nächsten Mann aus der Werkstatt will man...
Original wäre ja, wenn nun wirklich alle vernünftigen...
Leider werden wir trotz dieser schönen Worte nicht...

Altes Feuilleton.

„Radfahrer“ im „Kleinen Theater“ in Berlin.

Am Freitag an unsern Vorlesung von...
Vor ungefähr zwei Jahren las ich...
Vor ungefähr zwei Jahren las ich...
Vor ungefähr zwei Jahren las ich...

Gesung macht Spaß!

Am Freitagabend...
Vor ungefähr zwei Jahren las ich...
Vor ungefähr zwei Jahren las ich...

Esfurt, 18. Februar.

(Ein Stadtverordneter, der...
Vor ungefähr zwei Jahren las ich...
Vor ungefähr zwei Jahren las ich...

Das neue Theater in Berlin.

Am Freitag an unsern Vorlesung von...
Vor ungefähr zwei Jahren las ich...
Vor ungefähr zwei Jahren las ich...

Das neue Theater in Berlin.

Am Freitag an unsern Vorlesung von...
Vor ungefähr zwei Jahren las ich...
Vor ungefähr zwei Jahren las ich...

Das neue Theater in Berlin.

Am Freitag an unsern Vorlesung von...
Vor ungefähr zwei Jahren las ich...
Vor ungefähr zwei Jahren las ich...

Kann Euch gar nichts und wenn er noch so streng vor- geht!" —

Der Angeklagte war heute so „Liebenswürdig“, dem Ver- handlungsführer zu erklären, er habe die Untergebenen nur des- halb erlucht, nicht zu sagen, was er ihnen getan habe, um dem Herrn Kriegsgerichtsrat ein Vergernis zu er- sparen. Der Verhandlungsführer entgegnete, daß er dem An- geklagten „eine so zarte Rücksichtnahme“ auf Vorgesetzte gar nicht zugetraut hätte. Es erscheine doch zu durchsichtig, daß der An- geklagte zunächst nur sein Wohl dabei im Auge gehabt habe. Wie der sog. „Stellvertreter Gottes auf Erden“ in der Kaiserin und auf den Exzerzierplätzen mit seinen Mannschaften umgesprungen war, davon einige Beispiele. Bei einer Stiefel- kontrolle vor der Abendmahlsfeier hatte er seine Unter- gebenen „Kumpfs vorwärts beugt“ machen lassen und dabei hatte er die Leute mit den hinter ihnen stehenden Stiefeln — an den Schäften angefaßt — auf das Gesicht gehauen. Ohr- feigen und Schläge mit der Scheide des Seitengewehrs auf die Hände, daß die Finger blau wurden, war für die armen Kerle nichts Seltenes. Auch bediente er sich mit Vorliebe eines Wesentfels, mit dem er seine Mannschaften in die Knie- schellen schlug. Dem Rekruten Kaufmann, dem er den Be- fehl erteilt hatte, zwei Kameraden je eine Ohrfeige zu geben, langte er „eine herunter“, weil Kaufmann, um seinen Kameraden nicht weh zu tun, die „Ohrfeigen nicht forrekt“ verabreicht hätte. Dem Musiker Wöhme, den er in das Gesicht gestoßen hatte, rief er, als dessen Nase blutete, die Worte zu: „Du Schwein, ich werde Dir die sozial- demokratische Gesinnung schon austreiben!“ Die „umstürzlerische Gesinnung“ erblickte der Unteroffizier jeden- falls darin, daß die Nase „rot“ blutete.

Der größte Teil der Zeugen, etwa 13 an der Zahl, wollte in der Gegenwart ihres Peinigers mit der Wahrheit absolut nicht heraus. Sie sagten, sie hätten Angst vor dem Ange- klagten, der ihnen gelegentlich einmal die Worte zugerufen hatte: „Für Euch wäre es am besten, man rennte Euch das Seitengewehr durch den Leib, damit Ihr von der Kompanie wegkämt!“ Das Gericht ließ nunmehr während der ersten Vernehmung eines jeden Zeugen den Ange- klagten aus dem Verhandlungsaal führen. Wenn der Unteroffi- zier da war, haperete es aber wieder mit der Aussage. Der Verhandlungsführer bemerzte wiederholt in großer Erregung, keine Geduld sei zu Ende; es sei kaum zu glauben, was in den Zeugen vorgehe. Die „Macht des Unteroffiziers“ machte einen höchst peinlichen Eindruck und in dieser peinlichen Situation wurde dann schließlich noch, obwohl die Richterstänke alles wußten, wegen Gefährdung der militärischen Disziplin die Öffentlichkeit ausgeschlossen!

Später wurde öffentlich der Beschluß verkündet, das Gericht müsse die Sache in einer andern Zusammenfassung weiter ver- handeln, da Meineidsverbrechen vorzuliegen scheinen. —

Saßerstadt, 19. Februar. (Stadtverordneten- Sitzung vom 17. Februar.) Die Wahl zum Bezirksvor- sieder für den 7. Armenbezirk für die Wahlperiode 1903—1905 nimmt Herr Mentzer Meyer nicht wieder an. An dessen Stelle wird der Wagenfabrikant Nische gewählt; als Stellvertreter Kaufmann Altsleben. — Zur Vergrößerung des städtischen Fried- hofs empfiehlt der Magistrat 12 Morgen anzukaufen, wovon zu- nächst erst 2 1/2 Morgen für den Preis von 1700 Mark abgenommen werden sollen. Hiergegen wurde keine Einwendung gemacht. Auch soll ein Unterrichtsraum und eine Erweiterung der Kapelle auf dem städtischen Friedhofe demnächst in Angriff genommen werden. Sämtliche Räume bekommen elektrisches Licht und der Bariererraum wird mit einer Heizungsanlage versehen. Die Kosten belaufen sich auf 7090 Mark. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

An Stelle des Stadtverordneten Stedel, welcher verhindert war, brachte Geheimrat Dr. Fische einen Antrag ein, wonach die Stadtverordneten 170 Mark bewilligen sollen für eine Schüler- Vorstellung im Theater. Redner spricht im Sinne des Herrn Stedel den Wunsch aus, man möge „Wilhelm Tell“ wählen. Der Erste Bürgermeister spricht sich gegen diesen Wunsch aus und empfiehlt „Minna von Barnhelm“ zu wählen. Die Vorstellung wurde noch auf 5 bis 6 Wochen hinausgeschoben, somit können die Lehrer in dieser Zeit die Schüler davon unterrichten. Es würde dann bei den Schülern ein besonderes Interesse erwecken, ein neues Stück zu sehen. Tell sei in den letzten Jahren immer zur Aufführung gelangt und dürfte daher zum eigentlichen Zweck der Schüler-Vorstellung wenig geeignet sein. Redner bittet da- her, diesen Antrag zu genehmigen. Da niemand dagegen spricht, ist die Zustimmung erteilt.

Für Verbesserung der Wasserhäuser Chauße fülltich des Restaurans „Gerichtswarte“ werden rund 1100 Mark bewilligt. — Stadt- Rürger gibt den Bericht über die Rechnung des städti- schen Schlachthofes für 1901. Durch Erheben der Gebühren ist ein Mehr von 9000 Mark zu verzeichnen. — Die Sparkasse für 1901 schließt mit 7435,92 Mark ab. Stadtd. Hünemörder berichtet über die Rechnung der städtischen Wabeanstalt. Die Wabeanstalt wird nicht so besucht, wie man anfangs gehofft hat, es müssen daher 3000 Mark mehr Zuschuß geleistet werden, wie vor- gesehen war. Es ist nur eine Besserung durch die Krankenkassen zu verzeichnen gewesen. — Die Abrechnung des städtischen Leih- hauses weist eine Einnahme von 91 800 Mark gegen 83 000 Mark im Vorjahre auf. Trotzdem muß noch ein Zuschuß gegeben werden. — Bei Abrechnung der städtischen Sparkasse ist ein Ueberschuß von 37 000 Mark zu verzeichnen. Dieser Ueberschuß soll zu allgemeinen Zwecken verwendet werden. — Ein Ueberschuß von 5300 Mark ist laut Rechnung vom dem Realgymnasium eingegangen. — Die Klendung der Spitze des nördlichen Mari- mini-Kirchturmes kostet 2394,25 Mark. Hierbei mußten 87,85 M. nachbewilligt werden. Stadtd. Grau fragt an, warum diese Ver- arbeit nicht durch ein Konkurrenz-Ausschreiben ausgeschrieben wurde. Er erwartet, daß dieses für die Zukunft bei ähnlichen Arbeiten geschieht. — Für die Beschaffung eines Brückenpfeilers an der Kamde der Wienerburger Eisenbahn wurden 22,30 Mark nach- bewilligt.

Raumburg, 19. Februar. (Ein „gefährlicher“ Segner.) In Raumburgs Raumburg-Bezirk wollen die Deutschsozialen den Abg. Dießermann von Sonnenserg als Kandidaten aufstellen. — Wir jähren!

Schwanebeck, 18. Februar. (Nicht gerade kraßbar.) Bürgermeister Frommnecht belohnt in einem Artikel des hiesigen „Volks-Anz.“, daß sein sonderbares Verhalten anlässlich der Kaiser- Geburtstagfeier, bei welcher er bekanntlich einen Gauwirt vermalte, den Verfasser der „Schwanebecker Nacht.“ auszuzeichnen, nicht kraß- bar sei. Also immerhin nicht kraßbar, oder doch wenigstens kaum kraßbar! Lieb Vaterland, magst ruhig sein! Der Bürgermeister von Schwanebeck übt zwar einen Druck auf Gauwirte aus, diesem oder jenem Gau ihr Lokal zu verschließen, aber das Straßengewand ver- langt der Herr nicht.

Stutturt, 18. Februar. (Mit dem Gesicht des Gewerkschaftskartells) auf Vornahme von

Notstandsarbeiten hat sich nunmehr auch der Gemeinderat von Leopoldshall beschäftigt. Herr Bürgermeister Kleist zog das Beispiel des Stäffurter Stadtverordneten- Kollegiums an und empfahl die Ablehnung des Gesuchs! In diesem Sinne wurde denn auch beschlossen, indem die Zahl der Arbeitslosen anerkannt, zugleich aber angegeben wurde, daß zu Notstandsarbeiten keine Gelegenheit vor- handen sei. —

w. Stendal, 19. Februar. (Ober-Verwaltungs- gericht kontra Regierung.) Die Firma Bergmann u. Weidling war vom Magistrat zu Handwerkskammerbeiträgen heran- gezogen worden, und zwar hatte der Magistrat gemäß einer Regierungs- anweisung die Form der Heranziehung zu Gemeindeabgaben gewählt. Die Firma erhob Einspruch und machte geltend, sie könne überhaupt nicht zu den Kosten der Handwerkskammer herangezogen werden. Der Einspruch wurde verworfen, worauf die Firma beim Bezirksauschuß auf Freistellung klagte.

Der Bezirksauschuß wies die Klage wegen Unzuständigkeit ab, das Ober-Verwaltungsgericht hob aber das Urteil auf und erkannte dahin, daß die klagende Firma von den Beiträgen zur Handwerks- kammer freizustellen sei.

Vergütend wurde ausgeführt: Gegen die Heranziehung zu den Kosten der Handwerkskammer gebe es an sich nur das Rechtsmittel der Beschwerde beim Regierungspräsidenten, das Verwaltungsstreitver- fahren sei an sich nicht gegeben. Würden aber die Beiträge als Ge- meindeabgaben erhoben, dann könne allerdings im Ver- waltungsstreite geklagt werden; der Verwaltungsrichter müsse dann auf jeden Fall die Klager freistellen, weil Handwerkskammerbeiträge keine Gemeindeabgaben seien und nicht als solche erhoben werden könnten. So liege die Sache hier. Auf die eigentliche Verpflückungsfrage könne jedoch das Gericht nicht eingehen. —

Zerbst, 19. Februar. (Wieder einer!) Der zum zweiten Stadtrat gewählte Fabrikant R. Fiedler ist nicht befristigt worden. — Ueber den Grund schweigt man sich aus.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In einer Gastwirt- schaft in der Bahnhofsstraße in Halberstadt übernachtete ein Haus- diener aus Halle. Am Morgen lag er gefesselt im Bett und gab an, er sei über Nacht überfallen und gefesselt worden, außerdem wären ihm 26 Mark aus dem Bortemournaie gestohlen. Bei seinem Verhör im Bureau der Kriminalpolizei gab er nach längerem Zögern an, daß er die Fesslung selbst vorgenommen und auch den Diebstahl nur ge- hendigt habe. — Zu dem Eisenbahnunfall bei Schnebeck, von dem wir berichteten, sei ferner bemerkt, daß bereits am Montag früh der Sandelsmann Bloch in Groß-Salze als der Tat dringend verdächtig in Haft genommen wurde. B. will von der Chauße aus zwei Männer bei der Tat bemerkt haben, welche bei seiner Annäherung das Weite gesucht haben sollen. Er hat sodann den Wahnwärtter um Ueberlassung seiner Handlaterne ersucht und infolgedessen ist der Ver- dacht auf B. gelenkt worden. B. ist selbst 10 Jahre lang im Eisen- bahndienst beschäftigt gewesen. — Der unter Minahme einer größeren Geldsumme gestrichelte Maler Edmund Dreitenstein aus Kallme- rode, der bekanntlich im Jura auf seinen Bruder geschossen hatte, ist in Berlin verhaftet und dem Landgerichtsgefängnis Nordhausen zugeführt worden. Der durch mehrere Schrottschüsse in den Rücken schwer verletzte Junge befindet sich außer Lebensgefahr, dürfte aber zeitweilig ein Krüppel bleiben. —

Vermischte Nachrichten.

*** Ein unerhörtes Ereignis.** Die in Müll- hausen i. Gf. erscheinende „Oberhessische Landeszeitung“ enthält in ihrer Nummer vom 14. ds. folgende Korrespondenz: **Mos, 11. Februar.** Ein Ereignis hat sich letzten Monat in hiesiger Pfarrei zugetragen, wie man solches hier noch nie erlebt hat. Es ist nämlich auf dem hiesigen Standes- amte eine Mischehe geschlossen worden. Wenn man den im allgemeinen strengkatholischen Charakter der hiesigen Ein- wohnerschaft in Betracht zieht, so scheint uns so etwas auf den ersten Blick nicht möglich. Allein es scheint leider immer noch Eltern zu geben, die es nicht verstehen, ihre Kinder zur rechten Zeit vor Bekanntschaften mit Andersgläubigen zu warnen. —

*** Ueber die Witterung im Januar** schreibt die amtliche „Stat. Korr.“: Zum ersten Male nach langer Zeit war endlich wieder ein Monat so warm. Der verfloßene Januar überstieg nämlich mit seiner Mitteltemperatur den vieljährigen Durchschnitt, während er im Verlaufe der Witterung allerdings große Gegensätze zeigte. Zu Beginn und Ende des Monats herrschte außerordentlich milde Tem- peratur, vom 12.—28. dagegen überall strenger Frost; im Osten sank das Thermometer vielfach unter — 15 Grad, in Oberhessen sogar bis auf — 24 Grad. Oberhessen und die nordhessischen Inseln allein hatten ein so niedriges Monatsmittel, das ganze übrige Land aber einen Ueberschuß von meist 1 Grad, der Südwesten bis zu 2 Grad und Nea- suren sogar von 2 1/2 Grad. Die Niederschläge waren an der Nordsee küste und in dem Gebiete zwischen Ober und

Rhein fast überall zu gering, sonst aber etwas zu hoch. Meist fiel Regen, seltener Schnee; die Höhe der Schneedecke über- stieg im Flachlande nirgends 5 Zentimeter und erreichte selbst im Hochgebirge nur 40 Zentimeter. Während der Frost- periode herrschte heiteres Wetter, und lediglich hierdurch über- lüg die Sonnenscheindauer des Januar, zumal in den süd- lichen Landesteilen, die normale erheblich. —

*** Ein wirklich „pietätvoller“ Streit,** der keines- gleichen suchen dürfte, spielt gegenwärtig an einem Privat- gericht in München. Vor einiger Zeit starb dort ein Privatier und hinterließ seinen fünf Erben je 20 000 M. Der Verstorbene wurde, wie die dortigen „N. Nachr.“ mitteilen, auf dem Totenbette fotografiert, und auch eine Todesanzeige wurde in den Blättern aufgegeben. Nun streiten sich die pietät- vollen Erben um Bezahlung der Kosten der Photographien und der Todesanzeige. Die Witwe will von den Injektions- kosten deshalb nichts bezahlen, weil sie nicht unter den „trauernden Hinterbliebenen“ aufgeführt worden sei. Die Kinder und übrigen Erben wollen an den Kosten für die Photographien mit 43 M. bezahlen, weil sie diese nicht bestellt hätten. Der Streit um diese wenigen Mark zwischen den 20 000 M.-Erben zieht sich nun schon monatelang hin. —

Bereits-Kalender.

Verband der Sattler u. verw. Berufsgeu. Sonnabend den 21. Februar, abends 8 Uhr. Versammlung in der „Burgstraße“.

Orbisverein der Lederarbeiter (Weißgerber). Sonnabend den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr. Winterabendversammlung im „Weißen Firsck“ Friedrichstraße 2. Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Männer-Turnverein „Angola“, Alte Neustadt, Übungs- stunden: Dienstag u. Freitag von 8 bis 10 Uhr in der „Krone“, Moldenstr. Turnen der Damenabteilung jeden Montag von 7 1/2—10 Uhr. 355

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Fein 18,00—22,00 Speisebohnen (weiße) 20,00—26,00. Linen 16,——30,00. Eß- kartoffeln 3,00—6,00. Nichtfrisch 4,00—5,00. Kartoffelstroß 3,00 bis 3,50. Heu 6,00—7,50. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,95—1,04, von der Keule 1,40—1,60. Rindfleisch 1,20—1,30, Schweinefleisch 1,40—1,60, Kalbfleisch 1,30—1,50, Hammelfleisch 1,30—1,50. Speck (geräucherter) 1,60—1,80. Spüßbutter 2,20—2,60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3,60—4,40.

Viehmarkt.

Magdeburg, 17. Februar. (Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb 136 Rinder, 225 Kälber, 59 Schafböcke etc., 1167 Schweine. Ver- zucht für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige — Markt, b) junge fleischige und ältere angemästete 33—34 M., c) mäßig genährte junge und ältere 30—32 M., d) gering ge- nährte jedes Alters 27—29 M. Bullen: a) vollfleischige, an- gemästete bis zu 5 Jahren —, b) vollfleischige jüngere 32—33, c) mäßig genährte jüngere und ältere 29—31 M., d) gering ge- nährte jüngere und ältere 26—28 M. Färsen und Kühe: a) vollfleischige, angemästete Färsen höchsten Schlachtwertes — M., b) vollfleischige Kühe bis zu 7 Jahren 28—30 M., c) ältere an- gemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 25—27 M., d) mäßig genährte Kühe und Färsen 22—24 M., e) gering genährte Kühe und Färsen 18—21 M. Kälber: a) feinste Markt- 45—50 M., b) mittlere 37—44 M., c) geringe Saugkälber 27—33 M., d) ältere, gering genährte (Treffer) — M. Schafe: a) Mastämmer und jüngere Mastämmerl 31—33 M., b) ältere Mastämmerl 28—30 M., c) mäßig genährte 21—27 M. Schweine: a) vollfleischige 55—56 M., b) fleischige 53—54 M., c) gering entwickelte 52 M., d) Sauen und Eber 41 bis 52 Mark bei 40—50 Pfund Tara das Stück, schwere Schweine mit höherer Tara, Sauen und Eber mit 20 Prozent Tara. Verkauf und Tendenz: Kälber lebhaft, sonst langsam. Ueberstand: 15 Rinder, 2 Kälber, 150 Schweine. —

Wasserstände.

Ort	Gisb.	16. Febr.	17. Febr.	+ 0,22	0,28	—
Brandenburg	+ 1,58			+ 1,00	0,58	—
Meinl	+ 1,08			+ 0,84	0,24	—
Beitmerich	+ 0,78			+ 0,60	0,18	—
Aufsig	+ 1,17			+ 0,82	0,35	—
Dresden	+ 0,18			+ 0,34	0,16	—
Torgau	+ 2,41			+ 2,12	0,29	—
Wittenberg	+ 3,30			+ 3,04	0,26	—
Hohltau	+ 3,03			+ 2,82	0,21	—
Harz	+ 3,11			+ 3,11	—	—
Schönebeck	+ 2,79			+ 2,92	—	0,93
Magdeburg	+ 2,68	18.		+ 2,53	0,14	—
Zaunermünde	+ 3,34	18.		+ 3,43	—	0,09
Wittenberge	+ 2,77			+ 2,98	—	0,22
Dömitz, Pegel	+ 1,79			+ 2,10	—	0,81
Zaunenburg	+ 1,84			+ 2,07	—	0,22

Kaufhaus Gustav Zamory

Schlossstr. 108 Calbe a. S. Schlossstr. 108

Größtes Sortiments-Geschäft am Platze

Zur Konfirmation

Größtes Lager in Kleidern, schwarz u. farbig, anerkannt billigste Preise

Weiße Unterröcke mit Stickerei 1.08 bis 6.65 Mk.

Konfirmanten-Taschentücher mit Seiden-Inschrift 0.68 Mk.

Glacé-Handschuhe schwarz und farbig 0.98 Mk.

Gegen Vorzeigung dieser Anzeige 5 Proz. Rabatt.

Schienenbeine getreten. Wie der Unteroffizier verfuhr, zeigt so recht der Fall Mischewski, wo er den Rekruten mit der Faust ins Gesicht schlug, weil er, als er zum Exerzieren kam, einen Knopf am Waffenrock offen hatte. Um die Haltung zu korrigieren, verabsolgte er Fuhrer, so trat er ihn auch einmal, als er im Anschlag lag, gegen die Hüfte. In einem andern Falle verabsolgte er ihn Krügel mit der Knopfbreche. Den Musiker Marzgraf schlug er einmal mit einem Besenstiel. Dutzende Male mit der Hand. Ubanaki hatte besonders viel zu leiden. Gegen ihn allein wurde Komowski in 33 Fällen handgreiflich. Da zeigte es die beliebtesten Faustschläge unter dem Bauch, auf der Stube stieß er ihn mit dem Gewehrkolben gegen die Brust und trat ihn mit dem Gewehrkolben gegen die Füße. Eine Reihe anderer Musiker hat er ebenfalls geohrfeigt und einen riß er in brutaler Weise an der Nase. Auch der Angestellter Mehlmann, ein früherer Buchdrucker, hatte von dem Unteroffizier besonders schwer zu leiden. Einmal verletzete Komowski ihm die Brust mit dem Gewehrkolben, das ihm Lippen und Zunge bluteten, ein anderes Mal ohrfeigte er ihn derartig, daß er 14 Tage ein dieses Gesicht hatte und stieß ihn mit dem Gewehrkolben. Da Mehlmann beim Marschieren die Füßspitzen recht heruntersah, beliebte der Unteroffizier ein besonderes Korrekionsmittel. Er trat ihm bei jeder Gelegenheit auf die Füße. Diese Behandlung hatte die Folge, daß dem Manne ein Nagel abeiterrte und es ihm eine lange Zeit überhaupt nicht möglich war, zu marschieren. Besonders toll aber und den Rekruten entehrend war, daß er ihm beim Exerzieren 6 bis 8 Mal ins Gesicht spudelte. Verabzu unglücklich ist folgender Vorgang: Als Mehlmann beim Marschieren einmal den Mund nicht recht schloß, befahl der Unteroffizier dem Musiker Pflügel, Mehlmann in den Mund zu spucken. Mehlmann mußte stillstehen, den Mund aufsperrn, und Pflügel führte dann die ekelhafte Exekution aus.

Mit diesen Mißhandlungen war es aber noch nicht genug. Einmal mußten die Leute in der Nacht mit den Zahnbürsten die Stube fegen! Ein andermal zeigte er willkürlich einen Appell an und ließ die Leute das Essen, welches sie gerade im Begriffe waren zu verzehren, weggeschütten. Als endlich doch von der inwärtigen Behandlung des Unteroffiziers einiges durchgedrungen und er gezwungen sein mußte, daß über kurz oder lang eine Petition bei seinen Leuten veranlaßt werden würde, machte er eines Tages „Probe“. Er ließ die Leute antreten und fragte dann: „Wer ist von mir geschlagen?“ Einige waren auch so unvorsichtig, vorzutreten. Diese ohrfeigte er so lange, bis sie sagten: „Nein, der Herr Unteroffizier hat mich nicht geschlagen.“ (11)

Der die Anklage vertretende Kriegsgerichtsrat beantragte gegen ihn drei Jahre Gefängnis und Degradation. Das Gericht erkannte auf zwei Jahre fünf Monate Gefängnis und auf Degradation.

Die herrliche deutsche Armee kann auf ihre Erziehungs-erfolge stolz sein!

Kleine Chronik.

Schon wieder ein Gerätekurs in Kiel.
In einem Neubau in der Wilhelmstraße in Kiel stürzte nachmittags das zum Abputzen des Giebel angebrachte Gerüst ein und riß die Giebelwand mit sich. Von den vier auf dem Gerüst beschäftigten Arbeitern wurde einer schwer verwundet, die andern wurden leicht verletzt. Das Gerüst und das Mauerwerk stürzten auf ein niedrigeres Nebenhaus und durchschlugen das Dach.

Eiseruchtsdrama.
Eine Bluttat hat sich in Breslau in dem Hause Katharinenstraße 18 ereignet. Die Tochter eines dort wohnenden Modewarenhändlers wurde von ihrem Bräutigam, einem Photographen, aus Eifersucht mit Messerstichen schwer verletzt, worauf der Täter sich mit Cyankali vergiftete.

Kleine Tageschronik. Einen schrecklichen Akt der Rache beging der Arbeiter Demarozoff in Paris an seiner ehemaligen Geliebten, die nichts mehr von ihm wissen wollte und die er auf ihrem Nachhausewege abgepaßt hatte. Als sie auf seine Frage, ob sie sich mit ihm versöhnen wolle, mit „Nein“ antwortete, sah er sie beim Unterarm, zog ein Rasiermesser heraus und durchschnitt ihr damit bis auf die Knochen das Handgelenk, worauf er die Flucht ergriff. — Der Chef einer bedeutenden Aktiengesellschaft in der Weinstraße wurde tot, seine Frau mit einer schweren Schußwunde im Schlafzimmer aufgefunden. Der Mann hat, wie die Ermittlungen ergeben haben, zuerst auf seine Frau geschossen und dann sich selbst. — Der 22jährige Unteroffizier Gutzjahr vom Danziger Infanterie-Regiment Nr. 128 erschloß sich mit seinem Dienstgewehr. — Gestern nacht wurde in der Staats-Kathedrale in Petersburg ein Einbruch verübt und aus dem Rahmen des Heilands-Bildes drei Brillanten im Werte von etwa 100 000 Rubel geraubt. — In Nürnberg warf ein lediges Dienstmädchen sein dreijähriges Kind in den Regenfluß; das Kind ertrank; die Mutter, welche aus Nahrungsjorgen die Tat begangen hatte, wurde verhaftet. — Beim Schmuggeln von Seidenwaren erschloß ein russischer Grenzjoloat bei Laurahütte einen Schmuggler. — Die 20jährige Anna Spikner in Reichenbach im Vogtlande hatte bei einem Brande schwere Verletzungen davongetragen. Brandwunden bedeckten ausgedehnte Stellen des Körpers und man gab die Vermutung schon auf, als ihre 16jährige Schwester sich erschloß, große Stücke der Haut aus dem Oberkörper schneiden und auf die verletzten Stellen legen zu lassen. Auf diese Weise hat man die ältere Schwester am Leben erhalten; nun liegt aber das mutige, aufopferungsfreudige junge Mädchen selbst krank darnieder.

Letzte Nachrichten.

(Herold, Depeschen-Bureau.)

Brest, 10. Februar. Der Polizeikommissar Moerdes hat sich mit Gendarmen und Polizeigeboten nach Le Neubou begeben, um die Austreibung von Kongregationen vorzunehmen, die gestern erfolgen sollte. Die Bevölkerung ist in großer Erregung und man befürchtet

Zwischenfälle, falls die Polizei gezwungen sein sollte, Gewalt anzuwenden.

Bernberg, 10. Februar. In Galeschitz wütete ein großer Brand, wobei über 30 Wohnhäuser nebst vielen Nebengebäuden eingestürzt wurden.

Marseille, 10. Februar. Der Kapitän des italienischen Dampfers „Guasco“, welcher gestern im hiesigen Hafen eintraf, teilt mit, daß er bei dichtem Nebel mit der französischen Brigg „Luise Amelia“, die mit einer Kohlenladung unterwegs war, zusammenstieß. Die französische Brigg sank in wenigen Minuten. Die acht Mann starke Besatzung wurde vom „Guasco“ gerettet und nach Marseille gebracht.

London, 10. Februar. Ein Telegramm aus New-York berichtet weiter über den Untergang des Dampfers „Olibe“. Der Sturm sei plötzlich ausgebrochen und das Schiff sei innerhalb zwei Minuten gesunken. Viele Passagiere hatten nicht Zeit, ihre Kabine zu verlassen.

Adig, 10. Februar. Ein furchtbarer Zyklon hat furchtbaren Schaden angerichtet. Ein Schiff ist auf Strand gelauten, mehrere Schiffeboote sind gesunken. Das Postgebäude hat bedeutenden Schaden erlitten; ein Teil des Nebenbereichs ist eingestürzt; man berichtet von mehreren Toten und zahlreichen Verwundeten.

Stettin, 10. Februar. (Eig. Draht.) Auf der „Friedenshütte“ bei Morgenroth stieß ein vierter Lokomotiv nach der Halbe gebückter Wagen mit glühenden Schlacken einer andern die Stelle passierenden Lokomotive in die Flanke. Auf der letzteren befand sich ein Rangiermeister und zwei Rangierer, von denen erster unter die Lokomotive geriet, wobei ihm das rechte Bein am Oberschenkel zermalmt wurde. Die beiden Rangierer wurden in die umgefährzten Schlacken geschleudert und erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

Briefkasten.

Fränkische Tagespost, Nürnberg. Die Magdeburger Kranken- und Begräbnis-Kasse ist die Nachfolgerin der 1862 aufgestellten „Thuringia“; ihr Bestehen ist daher nicht nur nicht von langer Dauer, sondern durch ihre Nachfolge auf die „Thuringia“ besonders zu meiden. — Weder die „Thuringia“, noch gerade jetzt die Kranken- und Begräbnis-Kasse, deren Rechnungs- und Kassensührer unter Mitnahme von der Kasse gebührend Geldern gestohlen ist, ist daher für Arbeiter empfehlenswert.

Gelder 3,00. — Rote Kindtaufe in Groß-Öttersleben 1,00. — Vom Schuster A. Sch. zum Wahlfonds 0,50. — Von den Sängern gesammelt nach dem Begräbnis der Genossin Misch 5,00. — Gebieter Bierhalle 15,55. — Von einem Genossen in Altie Neustadt 0,50. — Zum Wahlfond von der silbernen Hochzeitsfeier des Genossen Kadenberg durch Kadebau 2,70. — Parteibeitrag vom Regalclub Neudamm 5,00. — H. St., Neustadt 1,00. — Beim Bezahlen der Rechnung von W. Neustadt 3,00. — Von einem Buchdrucker 1,00. — Sozialdemokratischen Gruß!

Warenhaus S. Pincus

Kaiserstrasse 20

Total-Ausverkauf

des gesamten grossen Warenlagers wegen Aufgabe des Ladens

Man beachte genau die staunend billigen Preise

Wirklich feine Tischbutter	à Pfd.	110 Pf.
Allerf. Süß-Sahne-Butter	" "	120 "
bei 5 Pfd.	" "	115 "
Hochprima echt Schweizerkäse	" "	100 "
Emmenthaler bei 5 Pfd.	" "	95 "
Vorzügl. Tilsiter Fettkäse	" "	70 "
bei Abnahme eines Brodes, ca. 10 Pfd.	" "	65 "
Echt Algäu-Romatourkäse	" Stk.	40 "
„ Limburgerkäse	" "	60 "
„ Münchn. Bierkäse fett u. pikant	" Pfd.	60 "
Vorzügl. Obstmarmelade	" "	25 "
sowie große frische Eier		

offert billigt

Butterhandlung „Monopol“

98/99 Kaiserstrasse 98/99.

Kartoffeln!
Gute mehrl. Speisekartoffeln à Str. 2,00 M., Futterkartoffeln 1,60 M., 673 Rothenfeerstraße 4.

Leihhaus

Adolph Michaelis
Apfelstr. 16, L

Gedrukt von S-S 25-

Strenge
Pfeilschneiderei.

Kraft. Mittagstisch

zu 35 und 45 Pfg. 650

Gr. Junferstr. 14a

Kohlen-Einkaufs-Vereinigung.
Bon unserm Winterlager — Rogauerstraße 14/17 — 1999
liefern wir reingeebelte
Böhmische Braunkohle
mit 50 Pfg. ab Lager, 56 Pfg. frei Haus u. 60 Pfg. frei Keller
per Zentner.
Bestellungen bei gleichzeitiger Zahlung werden angenommen
im Comtoir Rogauerstraße 14/17, und zwar: Montag,
Mittwoch und Sonnabend von 8-12 Vormittags und 2-6 nach-
mittags; ferner bei Herren W. Leue, Falkenbergstr. 2; Buchlow,
Katharinenstr. 3; Scholze, Schönebaderstr. 24, Eing. Dortheimer-
straße; H. Manger, Annofstraße 27 II, Eing. Besenstr.; Brehmer,
Halberstädterstr. 112 III, „Eiseller“; Kirchberg, Leipzigerstr. 2 III.
Der Vorstand, W. Leue, Sgl. Böhmstr. 2.

Spiegelbrücke 5 und Leipzigerstr. 10
täglich Verkauf des berühmten
Altmärker Landbrot!

Telephon 3644. 2178 Lieferung frei Haus.

Gratis verlange man von jedem Kolporteur ein Ser-
zeichnis von Heiders Volkszettel. In allen
der Buchhandlung Volkstimo.

H. LUBLIN

Linoleum-Preise

Freitag Sonnabend

Linoleum-Läufer

Linoleum-Läufer	Breite 60 cm . .	<u>Erste Wahl</u>	Meter 55 Pf.	<u>Zweite Wahl</u>	Meter 50 Pf.
Linoleum-Läufer	Breite 67 cm . .	<u>Erste Wahl</u>	Meter 68 Pf.	<u>Zweite Wahl</u>	Meter 60 Pf.
Linoleum-Läufer	Breite 90 cm . .	<u>Erste Wahl</u>	Meter 90 Pf.	<u>Zweite Wahl</u>	Meter 80 Pf.
Linoleum zum Belegen		<u>Erste Wahl</u>	Quadratmeter 90 Pf.		

Linoleum-Teppiche

130×200 ohne Bordure

2.25

200×250 ohne Bordure

4.25

200×300 ohne Bordure

5.10

150×200 mit Bordure

5.25

200×250 mit Bordure

8.50

200×300 mit Bordure

10.75

Ein Posten **Linoleum-Vorlagen** Granit 70×90 Wert 1.75 Extra-Preis **1.00**

Ein Posten **Perser-Vorlagen** (Imitation) 40×80 Stück **30** 50×100 Stück **80** Pf.
Ein Posten **Sofa-Kissen** in verschiedener Ausführung **20 50** und **90** Pf.

Ein Posten Kissen

die durch Dekoration und Lager gelitten haben **bedeutend unter Preis.**